

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrich Irmer, Dr. Helmut Haussmann, Dr. Wolfgang Gerhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/844 –**

Deutsche Initiative zu einer politischen Lösung des Kosovo-Konfliktes

Der Vorschlag der Bundesregierung für eine politische Lösung auf dem Kosovo, der u. a. die Durchsetzung des Forderungskatalogs der NATO gegenüber Jugoslawien unter Einbeziehung des UNO-Sicherheitsrates vorsieht, hat bislang international offensichtlich wenig Wirkung gezeigt. Zwar wurde er vom NATO-Rat am 12. April 1999 erörtert, die öffentliche Stellungnahme des NATO-Sprechers, der den deutschen Plan als „Diskussionspapier“ bezeichnete, hat jedoch erkennen lassen, daß die Allianz dieser Initiative keine herausragende Bedeutung zumißt. Auch die Äußerungen der amerikanischen Regierung waren bislang äußerst zurückhaltend. Auf dem Kosovo-Gipfel des Europäischen Rates am 14. April 1999 scheint die deutsche Initiative ebenfalls keine maßgebliche Rolle gespielt zu haben. In seiner Regierungserklärung zur Lage im Kosovo am 15. April 1999 berichtete Bundeskanzler Gerhard Schröder zwar über die Unterstützung der EU-Staats- und Regierungschefs für die Initiative des UNO-Generalsekretärs, die deutsche Initiative ließ er jedoch unerwähnt. Dies ist um so bedauerlicher, als der deutsche Plan von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ausdrücklich unterstützt worden ist und auch die russische Seite Unterstützung signalisiert hat.

Angesichts der sich weiter zuspitzenden Situation im Kosovo und in den Anrainerstaaten sollte bei aller unverminderten Härte des militärischen Vorgehens gegen die serbischen Aggressoren nichts unversucht bleiben, um einen umfassenden Konsens der Staatengemeinschaft einschließlich Rußlands für eine Kosovo-Friedensregelung zu erreichen.

1. In welcher Weise ist die als „Fischer-Friedensplan“ bezeichnete deutsche Initiative für eine politische Lösung des Kosovo-Konfliktes mit den Partnern in der Europäischen Union und in der NATO abgestimmt worden?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Auswärtigen Amts vom 12. Mai 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Initiative ist in enger Abstimmung mit unseren Partnern in der Europäischen Union und der NATO entwickelt worden. Hierzu haben u. a. direkte Abstimmungsgespräche auf Ebene der Außenminister stattgefunden.

2. Kann davon ausgegangen werden, daß die deutsche Initiative die uneingeschränkte Unterstützung des gesamten Bundeskabinetts hat?

Ja. Das Bundeskabinett ist am 14. April 1999 von Bundesaußenminister Fischer ausführlich mit der Initiative befaßt worden.

3. Auf welche Weise und mit welchem formellen Ergebnis ist der deutsche Plan beim NATO-Außenministerrat am 12. April 1999 behandelt worden?

Die deutsche Initiative ist beim NATO-Außenministerrat am 12. April außerhalb der offiziellen Tagesordnung mit anderen Außenministerkollegen erörtert worden. Beim NATO-Gipfel ist sie ausführlich behandelt worden und in die Abschlusserklärung der Staats- und Regierungschefs vom 23. April 1999 eingeflossen. Der dem Plan zugrundeliegende Ansatz ist somit NATO-Konsens.

4. War der deutsche Plan Gegenstand der Erörterungen des Kosovo-Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 14. April 1999?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Zum Ergebnis des Kosovo-Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 14. April 1999 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung am 15. April 1999 im Deutschen Bundestag klargestellt, daß der Beginn der Umsetzung der Forderungen der internationalen Gemeinschaft durch Jugoslawien, die die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union bekräftigt hätten, eine Suspendierung der militärischen Maßnahmen erlauben und den Weg für eine politische Lösung öffnen würde. Er hat dabei ausdrücklich auch auf die Initiative von Bundesaußenminister Joseph Fischer Bezug genommen.

5. Welche weiteren Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Umsetzung der verschiedenen Stufen der von ihr vorgelegten Initiative?

Aufbauend auf intensiven Konsultationen der Bundesregierung mit Rußland (u. a. Besuch des Jugoslawien-Sonderbeauftragten Tschernomyrdin in Bonn am 29. April 1999 und Moskaureise von Staatssekretär Ischinger am 30. April 1999) haben die G8-Außenminister am 6. Mai 1999 unter Vorsitz von Bundesaußenminister Fischer eine prinzipielle Einigung zum weiteren Vorgehen zur Lösung der Kosovo-Krise auf Basis der fünf Forderungen der NATO/EU und der deutschen Initiative erzielt. Die Bundesregierung

strebt eine baldmögliche Behandlung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an.

6. Welche Initiative beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union für den Fall zu ergreifen, daß es ihr nicht gelingen sollte, die Unterstützung der Partner für ihren Friedensplan sicherzustellen?

In der Frage des weiteren Vorgehens gibt es keine Divergenzen mit unseren Partnern.